
FORUM FREIE GESELLSCHAFT

ANALYSE

FÜR AUTONOME SCHULEN

GRUNDRISS ZU EINER LIBERALISIERUNG DES ALLGEMEINBILDENDEN
SCHULWESENS

VON HELMUT KREBS



FORUM FREIE GESELLSCHAFT

AUFGABE DIESES TEXTES IST ES, für eine Liberalisierung des heutigen staatlichen allgemeinbildenden Schulsystems ein Nahziel zu formulieren. Auch wenn die Verwirklichung viele Jahre und Jahrzehnte erfordern dürfte, handelt es sich dennoch um ein Nahziel, weil die Veränderungen am heutigen System anknüpfen und dieses unter den vorhandenen Bedingungen einen ersten Schritt in Richtung eines liberalisierten Schulsystems verändern werden. Der untersuchte Gegenstand wird zwar nach Umfang und Tiefe eingegrenzt, aber wohl in der Hoffnung, dass die sich daraus ergebenden Öffnungen weitere Perspektiven erlauben werden. So geht es durchgängig um Schulen, um Lernkollektive und um einen Bezug zur Allgemeinbildung im Sinne einer Bildung der breiten Massen. Es geht nicht um Fach- und Hochschulausbildung. Es ist weniger schwierig, für eingegrenzte Bedürfnisse Nischen einzurücken und Ausnahmen zu gewähren, als ein Prinzip zu entwerfen, das für die Masse gelten kann.

1. GRUNDLAGEN UND ÖKONOMIE DER SCHULBILDUNG

Bildung ist in erster Linie Ausdruck des spezifisch menschlichen Seins, seiner Freiheit (Kant). Es ist die Formung seines Charakters, die Ausprägung seiner Einzigartigkeit. Sie ist andererseits die Anpassung an die besonderen Bedingungen seiner Umwelt. Die Fähigkeit zur Anpassung, also seine Bildbarkeit, ist die eine Seite der anthropologischen Gegebenheit des Menschen; die Notwendigkeit des Mängelwesens Mensch (Hume) zur Anpassung an die natürlichen und kulturelle Umwelt die andere. Sich zu bilden ist dem Menschen ein Grundbedürfnis und bedarf keines Befehls von außen. Allerdings ist es unterschiedlich stark ausgeprägt und seine Realisierung von Bedingungen abhängig, die oft die individuellen Möglichkeiten übersteigen. Ohne Bildungsgüter und -einrichtungen und ihre Zugänglichkeit, Schulen, Bibliotheken und dergleichen, endet selbst das motivierteste Bildungsstreben rasch an den Widrigkeiten einer sperrigen Welt. Aus diesem Grund sind großartige Bildungseinrichtungen wie das Guggenheim-Museum oder die Carnegie-Hall oft mit den Namen von Stiftern verbunden, die von ihrem Reichtum der Allgemeinheit schenkten.

Daraus ergibt sich der Zwittercharakter der Bildung und damit auch sein Zwittercharakter im ökonomischen Sinn. Bildung ist in ökonomischer Hinsicht der Erwerb von Qualifikationsmerkmalen zur Arbeit und damit Eigentum des Einzelnen und Teil seines *human capitals*. Er zieht einen unmittelbaren Nutzen aus seinem Können und Wissen. Es unterscheidet ihn von anderen, ist Bedingung seiner Stellung im Rahmen der spezialisierten gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Ein werdender Mediziner nimmt viele Jahre mühseliger Ausbildung in unbezahlten Stellungen in Kauf, um dann zuletzt mit einer einträglichen Wirtschaftstätigkeit belohnt zu werden. Warum sollten diese Ausbildung andere bezahlen? Andererseits sind gebildete Bürger die Voraussetzung für das friedliche Kooperieren Einzelner im Rahmen von Großgesellschaften. Bildung in diesem weiteren Sinne wird auch Kultur genannt. In ihr inbegriffen sind die geistigen und habituellen Traditionen, die Konventionen und das Rechtsverständnis. Es sind die Wörter und Ideen, die unsere Welt formen, die sprachlichen Werkzeuge, die Kon-

sens und Gerechtigkeit vermitteln. Eine komplexe Großgesellschaft braucht Kultur und ist folglich an einer möglichst guten Allgemeinbildung aller Bürger interessiert, denn Kultur braucht Bildungseinrichtungen. Ohne Schulen wird selbst eine Hochkultur ziemlich rasch abflachen. Auch der Nichtmediziner ist an einem gut ausgebildeten Arzt interessiert und profitiert von ihm.

Die von extrem-libertärer Seite vorgetragene Forderung einer vollständigen Privatisierung ist, wie in den obigen Ausführungen gezeigt, ökonomisch unbegründet. Dieses Ziel wäre unter den gegenwärtigen Bedingungen auch nicht ohne schädliche Nebeneffekte zu erreichen. Der durchschnittliche Schulplatz eines Kindes kostet heute ca. 5000 Euro, wobei die Gymnasien darüber liegen. Bei einem Einkommen von 20.000 Euro und einer Einkommenssteuer von 20 % entspricht der Spielraum direkter steuerlicher Entlastung noch nicht einmal den Durchschnittskosten *eines* Kindes. Die finanzielle Belastung der Familien wäre selbst bei einer vollständigen Steuerbefreiung so hoch, dass eine Tendenz zur Vermeidung zeitraubender und kostspieliger höherer Bildungsgänge bei den unteren Einkommenschichten unvermeidlich wäre. Dies würde die Durchlässigkeit beruflicher Laufbahnen verringern, schulische Allgemeinbildung zu einem Luxusgut machen und Klassenhass nähren. Es ist im Interesse der Allgemeinheit, dass jedes Kind eine Bildungslaufbahn nach seiner Eignung, nicht nach dem Einkommen seiner Eltern erhält. Wer sich um all dies nicht kümmert, muss sich allerdings die Frage beantworten, wie er für seine Pläne Mehrheiten erlangen will und wie er Menschen vermitteln will, dass ihre Kinder nicht mehr wie gewohnt in die Schule gehen dürfen, weil sie die Deckungsbeiträge nicht bezahlen können.

Aus der ökonomischen Analyse folgt, dass die Kosten zwischen den Einzelnen und der Allgemeinheit aufzuteilen sind. Es ergibt sich *eine allgemeine Pflicht zur Bildung* und eine Verpflichtung der Allgemeinheit zur *Unterstützung von Bildungsbestrebungen der Individuen*. (Die Frage der gesetzlichen Schulpflicht, also ob Schul-, Unterrichtspflicht oder keinerlei Verpflichtungen gesetzlich verankert werden, kann hier ausgespart bleiben, weil sie nicht prinzipieller Natur ist, sondern von den faktischen Gegebenheiten abhängen, von der Bildungswilligkeit einzelner Familien, Betreuungsproblemen und dergleichen. Die Frage fällt mehr in den Bereich der Sozialpolitik.)

Der Begriff *Pflicht zur Bildung* ist sowohl ein moralischer Appell als auch die Feststellung der Tatsache, dass Menschen kraft ihrer anthropologischen Gegebenheiten gezwungen sind, sich zu bilden, um erfolgreich am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, und dass sie das darum auch genuin von selbst tun wollen. Es ist eines der brennendsten Probleme der Schulen, dass der Widerspruch zwischen einem natürlichen Bildungsstreben aller Menschen und der Lernunlust vieler Kinder in den allgemeinbildenden Schulen so offensichtlich ist. Doch ist hier nicht der Platz, auf die Gründe dieses Problems einzugehen.

Bildungseinrichtungen, die allen Kindern von Einwohnern offen stehen, sind *res-publica*-relevante Güter¹, auch dann, wenn sie privat betrieben werden. Andererseits ist die planwirtschaftlich-bürokratische Schule eine schlechte Grundlage für ein ökonomisch nutzbringendes Bildungswesen, ist der Staat Gift für eine Bildung im Sinne des Humboldtschen Individualisierungs-Ideals. Im Kern geht es also darum, die *Privatinitiative und Selbstbestimmung so weit wie möglich zu ermutigen und zu unterstützen*, und die Allgemeinheit nur insoweit zu beanspruchen, wie Mängel in den privaten Angeboten noch

1 Vgl. Michael von Prollius: *Die öffentlichen Angelegenheiten und der klassische Liberalismus*, in: <https://www.forum-freie-gesellschaft.de/die-oeffentlichen-angelegenheiten-und-der-klassische-liberalismus/>

oder wieder erkennbar sind. Dies sei die Goldene Regel meines Reformvorschlags. Die Allgemeinheit hat über das Niveau, das flächendeckende Angebot und die Zugänglichkeit der Bildungseinrichtungen zu wachen und unterstützend mitzuwirken. Aber die Entwicklung eines leistungsfähigen und an die gesellschaftlichen und persönlichen Bedürfnisse angepassten effizienten Schulsystems kann nur aus der Privatinitiative hervorgehen.

Wenn es richtig ist, dass Bildungsstreben ein menschliches Grundbedürfnis ist, das Erwachsenen wie Kindern innewohnt, dann ist genau dies die Kraft, die es freizusetzen gilt. Wenn die Bildungssubjekte eigenverantwortlich ihren Bildungsinteressen nachgehen können, entwickelt sich eine Dynamik, die das ganze Schulsystem umkrepeln wird. Die Mühe des Lernens bekommt Bedeutung und Sinn, weil selbstgesetztes Ziel. Es mag dahingestellt bleiben, ob vor mehr als zweihundert Jahren, als der große Liberale Wilhelm von Humboldt das revolutionäre preußische Schulwesen einrichtete, die Menschen schon kultiviert genug waren, um ein autonomes Schulwesen, wie es uns vorschwebt, zu errichten. Ganz sicher aber hat sich das Allgemeinwissen der Bürger und die Zugänglichkeit zu Wissensbeständen im Informationszeitalter enorm verbessert, so dass die Zeit reif ist für eine zweite große Reform des Schulsystems. Wir müssen heute keine Spekulationen darüber anstellen, ob die Vision eines rein privat betriebenen Bildungswesen in der Zukunft einmal zu verwirklichen sein wird, ohne Einbußen an Qualität und Menge des Angebotes hinzunehmen. Lassen wir diese Frage einfach die Zukunft entscheiden und öffnen wir dafür das verkrustete bestehende System.

PRINZIPIEN EINES LIBERALISIERTEN ALLGEMEINBILDENDEN SCHULSYSTEMS

- Alle Schulen, ob staatliche oder private, müssen eine gleichwertige finanzielle Basis genießen, die zu Teilen aus den Steuergeldern, zu anderen Teilen von den betroffenen Familien getragen wird.
- Sie müssen daher auch allgemein zugänglich sein. Ihr Besuch darf, wie bisher, nicht mit der Zustimmung zu einem Glaubensbekenntnis verbunden sein.
- Es sollen keine allgemeinbildenden Einrichtungen sich aus dem großgesellschaftlichen Zusammenhang lösen und isolieren. Wir wollen keine Versäulung der ideologischen und religiösen Gruppen.
- Im Übergang von der Vollfinanzierung durch den Staat sind die Bürger an eine Mitfinanzierung in Form eines Schulgeldes schrittweise heranzuführen und zu gewöhnen und dabei in jedem Schritt spürbar steuerlich zu entlasten. Die Reform der Finanzierung muss für die Bürger kostenneutral sein.
- Zusätzliche Mittel können durch Spenden von Beteiligten oder Dritten aufgebracht werden.
- Es wird erst im Laufe eines Erkundungsprozesses möglich sein, den ganzen Umfang der individuellen Bürgerbeteiligung zu bestimmen, wenn die zu erwartenden Einsparungseffekte auftreten.

2. KONSTANTE UND VARIABLE BEDINGUNGEN DER BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Die Ziele einer liberalen Bildungspolitik müssen sich an den *vorhandenen Gegebenheiten* wie an den *Bildungsidealen* orientieren. Das Bildungsideal Humboldts, dass alle Menschen sich optimal durch eine auf sie zugeschnittene vielfältige Bildung in ihrer Persönlichkeit individualisieren, bedeutet nicht, dass die Bildbarkeit aller Menschen gleich ist. Sie ist eingeschränkt durch die Leistungsfähigkeit und -willigkeit der einzelnen am Bildungsprozess Beteiligten und durch die institutionellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, in der Schulen Bildung produzieren. Bildungsfähigkeit und -willigkeit von Schülern sind daher für den Bildungsanbieter Gegebenheiten, die nur in Grenzen formbar sind. Sie hängen ab von den physiologischen und psychologischen Anlagen und Einstellungen der Schüler und des Lernumfeldes ab, das nicht oder nur sehr schwach durch die Bildungseinrichtungen unmittelbar beeinflussbar ist. Die Schüler und ihr Elternhaus sind, wie sie sind. Auch eine liberale Bildungsreform kann sich keine anderen Menschen backen.

Konstanten

Jede Schule hat es mit einer Reihe *konstanter* Faktoren zu tun, die durch keine Reform aufgehoben werden können. Die *individuelle* Beschaffenheit der Menschen ist eine solche Konstante. Eine weitere besteht darin, dass das Erlernen von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Unterschied zum reinen Begreifen und Verstehen mit Üben verbunden ist und dass Üben in der Regel weitaus weniger Spaß macht als Begreifen und Verstehen. Lernen ist mit Mühe und Anstrengung verbunden und kann nur gelingen, wenn Kinder aktiv im Unterricht mitarbeiten und lernen *wollen*.

In der *kulturellen* Einstellung zum Lernen und zur Schule gibt es große Unterschiede zwischen den Einzelnen, aber auch Unterschiede bei den Herkunftsgruppen. Wenn wir lesen, dass in armen Ländern selbst arme Eltern ihren Kindern die Ausbildung in Privatschulen ermöglichen, während wir doch wissen, dass die Leistungsmotivation vieler Schüler der hochentwickelten Länder schwach ist, so lassen sich diese Unterschiede durch die Unterschiede im Nutzen der Bildung erklären. In armen Ländern wird ein guter Schulabschluss oft als ein Türöffner für den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg gesehen, ein Mittel, drückender Not zu entkommen. Es wäre schon erstaunlich, wenn Schüler, die diesen Zusammenhang erkannt haben, unmotiviert im Unterricht wären. Wenn Kinder aus bestimmten Elternhäusern ihre Zukunft in Berufen mit einfachen fachlichen Anforderungen sehen, als Taxifahrer, Kellner oder als Kosmetikerin, ordnen sie sich nicht der Gruppe der Schüler zu, die studieren wollen und wetteifern nicht mit ihnen.

In einer paternalistischen Gesellschaft passen sich die Menschen auch an einen Status an, in der sehr viele sich nicht als Unternehmer begreifen (obwohl sie es doch eigentlich sind), sondern als von staatlicher Zuwendung und Vorsorge abhängig. Eine Nation, die sich in Jahrzehnten an eine semisozialistische Kultur angepasst hat, entwickelt ein ausgeprägteres Anspruchsdenken und geringere Leistungsbereitschaft als eine, die wirtschaftlich aufstrebte, die spart, zu Zukunftszielen strebt, die aus eigenem Willen erreicht werden sollen. Auch mit solchen sehr zählebigen Bedingungen hat es das Bildungswesen zu tun.

Die Schule als eine kollektive Bildungseinrichtung hat *institutionelle* Grenzen. Sie kann nur geben, was in den Lehrern steckt. Sie hat es mit Schulklassen zu tun. Das Humboldtsche System der jahrgangshomogenen Klasse, des Aufrückens im Curriculum eines terrassierten Bildungsganges, die Einteilung in Schulfächer, in 45-minütige Schulstunden mit Pausen, der lehrerzentrierte Unterricht und das regelmäßige Überprüfen des Könnens sind bereits eine Optimierung der institutionellen Möglichkeiten. Die Aufgabe liegt in der Weiterentwicklung der Unterrichtsmethodik, nicht in ihrer Zersetzung (vgl. dazu die Hattie-Studie²). Eine solche Schule kann tüchtiges Mittelmaß produzieren, nicht mehr. Die Züchtung von Genies ist noch keiner Institution gelungen.

Variablen

Möglich und erstrebenswert sind aber eine Optimierung der *variablen* Faktoren, worunter in allererster Linie die Fähigkeit der Lehrer gehört. Möglich sind Maßnahmen, die die Kosten der Schulbildung deutlicher ins Bewusstsein dringen lassen, um die Knappheit und Kostbarkeit der Einrichtung ins Bewusstsein zu rücken. Es ist möglich und notwendig, die Zielstellungen von Eltern und Schülern und die Kenntnisse der Lehrer über den Nutzen der Schulbildung bei der weiteren Lebensgestaltung stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote einzubeziehen. Wenn die unmittelbar Beteiligten (Lehrer, Eltern und auch – mit Einschränkungen – die Schüler) die Schule autonom gestalten können, wird die Tendenz zur besseren Anpassung der Angebote an die zukünftigen Bedürfnisse der Schüler gestärkt. Stattdessen herrscht in der planwirtschaftlichen von ökosozialistischen Ideen geschwängerten heutigen Schule eine Tendenz vor, die Bildungsangebote an die momentanen kurzfristigen Bedürfnisse der Kinder anzupassen. Es ist die Rede davon, dass das Lernen Spaß machen soll und man beruft sich auf die Hirnforschung, die weiß (was jeder gute Lehrer schon immer wusste), dass ein Kind um so besser lernt, je aktiver es im Unterricht ist. Kinder sollen selbst über Stoff und Lehrkraft entscheiden, sie sollen sich nicht mehr leistungsmäßig vergleichen, sondern nur ihren individuellen augenblicklichen Interessen nachgehen. In einer kollektivistischen Einrichtung, in der eine Lehrkraft zwei bis drei Dutzend Kinder zu betreuen hat, sollen Lernformen eingeführt werden, die im häuslichen Unterricht eines Kindes mit einem eigenen Hofmeister möglich sind. Die Paradoxie dieser ideologisch begründeten Reformbewegungen wird den Beteiligten oft nicht deutlich. Wer das Unterrichtsgeschehen den situativen Bedürfnissen der Kinder unterordnet und alle Inputs der Lehrer (die dann Lernbegleiter heißen) dem unterordnet, wird Bildung von der Einsichtsfähigkeit und der Willenskraft von Kindern abhängig machen. Er entmachtet sowohl die Lehrer, als auch die Eltern als auch die Allgemeinheit, die das zu finanzieren hat.

Im Gegensatz dazu verknüpft eine liberalisierte Schule das Interesse der Eltern im Hinblick auf die Zukunft ihrer Kinder mit der Ausgestaltung der Bildungsziele. Das heißt, eine autonome Schule ist langfristig ausgerichtet, aber sie ist an der Realität und an den tatsächlichen Interessen der beteiligten Bildungssubjekte ausgerichtet.

Die Frage wer darüber entscheiden soll, was die Schulen zu leisten haben – die staatliche Bürokratie und ihre Chefideologen oder die betroffenen Bildungssubjekte und Lehrer nach Maßgabe ihres

2 John Hattie und Klaus Zierer: *Lernen sichtbar machen für Lehrpersonen*: Überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von „Visible Learning for Teachers“ (London, 2014, ISBN 3834013005).

Weltwissens und ihrer Kompetenzen selbst – ist eindeutig beantwortet. Mündige Bürger sind fähig für eine autonome Schule.

3. KERNZIELE EINER LIBERALEN SCHULREFORM

Eine liberale Bildungspolitik konzentriert sich auf die Beeinflussung von variablen Faktoren. Fünf Ziele sind realistisch und mittel- bis langfristig erreichbar:

1. Erhöhung des Nutzens durch Anpassung der Bildung an die individuellen Interessen und Zukunftsziele der Bildungsempfänger
2. Verbesserung des Unterrichts durch ein besseres Angebot der Lehrkräfte
3. Erhöhung der Selbstbestimmung aller Beteiligten durch Rückkopplung des schulischen Angebots an die Bewertungen der Bildungsempfänger und einer starken Autonomie der Bildungseinrichtung
4. Einsparung von öffentlichen Kosten und langfristig auch der Kosten der Bildungssubjekte
5. Verbesserung der Kosten-Nutzen-Relation sowohl der Beteiligten als auch der Allgemeinheit durch die Entwicklung eines Marktzusammenhanges

4. MASSNAHMEN

Stärkung und Entwicklung eines Marktzusammenhanges im Bildungswesen

Wir sprechen von allgemeinbildenden Schulen. Fachschulen und Einrichtungen der Berufsausbildung stehen auf der anderen Seite des Bildungswesens, die allgemeinbildenden auf dieser. Es soll das Prinzip gelten, je spezialisierter die Ausbildung, desto geringer ist das Allgemeininteresse und desto größer die Eigenverantwortlichkeit.

Darum konzentrieren wir uns auf die unteren Schularten bis zu ihren Abschlüssen, auf die Grundschule, die Sekundarstufen I mit der Mittleren Reife und II mit dem Abitur. Was hier gesagt wird, soll, wenn nicht anders vermerkt, für alle gelten.

Die Kernidee unserer Reformvorschläge ist die einfache Erkenntnis, dass der Schlüssel für eine Verbesserung der Schulen beim Lehrer liegt. Gute Lehrer – gute Schulen, schlechte Lehrer – schlechte Schulen. Die Schaffung eines Marktzusammenhanges dient der Optimierung des Lehrerangebotes in personeller und unterrichtlicher Hinsicht.

Ein Markt der Bildung erzeugt eine Rückkoppelung von Angebot und Nachfrage. Da Bildung selbst keine Ware ist und auch kein öffentliches Gut wie die Einrichtungen selbst, geht es darum, den Bildungserfolg zum Erfolg der Schule werden zu lassen. Eine erfolgreiche Schule wird von den Eltern nachgefragt, eine nicht erfolgreiche wird gemieden. Das Kriterium sind die Schülerzahlen (abzüglich der demographischen Fluktuationen).

Daher sind zwei *Flexibilisierungen* zu verstärken: die freie Schulwahl durch die Eltern verbunden mit einem Aufnahmeverfahren, das die Schulen durchführen und die Einstellung der Lehrer durch die Schulen selbst. Wenn die Schule die richtigen Lehrer findet und diese den richtigen Unterricht leisten, werden die Netto-Schülerzahlen steigen und damit die Schule einen direkten und spürbaren Leistungserfolg verzeichnen.

Voraussetzung sind *Liberalisierungen* der Rahmenbedingungen: Lehrer müssen in einem Angestelltenverhältnis arbeiten, das dem der freien Wirtschaft gleicht. Ihre Ausbildung in staatlichen Einrichtungen darf nicht Zugangsvoraussetzung für den Beruf sein. Über die Qualifikation entscheiden allein die Schulen selbst. Dies in Verbindung mit einer differenzierten Entlohnung sorgt für einen anpassungsfähigen Arbeitsmarkt. Die Umstellung auf einen freien Arbeitsmarkt nimmt wegen der Bestandswahrung Jahrzehnte in Anspruch.

Autonomie der Schulen

Schulen sollen mit Globalhaushalten selbständig wirtschaften. Sie finanzieren sich durch a) eine staatliche Unterstützung und b) durch Schulgeld der Eltern. Die staatliche Unterstützung enthält eine von der Schülerzahl abhängige Komponente, so dass die Zustimmung der Eltern durch die Anmeldung auf der betreffenden Schule sich finanziell auswirkt. Das Schulgeld soll diesen Effekt verstärken und die Wertschätzung der schulischen Leistung seitens der Eltern erhöhen. Etwas, das nichts kostet, ist nichts wert. Das Schulgeld ist voll steuerlich abzugsfähig, bzw. erstattungsfähig.

Die Unterhaltung der Gebäude und die Personalkosten sind Teil des Globalhaushalts der autonomen Schulen. Die heutigen Schulgebäude sind oft als Mittelpunkts-Schulzentren konstruiert. Sie können, wie das Beispiel meines Heimatdorfes zeigt, von verschiedenen Schulen gemeinsam genutzt werden.

Öffentliche Schulen können sich in private umwandeln, wenn sie das wollen. Die Schulträger behindern diesen Willen nicht. Private Schulträger haben den Vorteil, dass sie Sponsoring betreiben können. Sie können privatrechtliche Verträge mit äußeren Partnern eingehen und somit die Ausstattung verbessern und die Orientierung der Schule profilieren.

Zur Autonomie gehört auch die Selbstbestimmung der Lehrziele, der Bildungsinhalte und des Leistungsniveaus. Durch das Prinzip, dass die aufnehmende Schule ihre Schüler auswählt, wird sicher gestellt, dass damit ein leistungsbezogener Anhaltspunkt für die abgebenden Schulen definiert wird, der durchgängig sich an der Lebenswirklichkeit ausrichtet. Die Universitäten geben das Niveau der allgemeinen Hochschulreife vor, die Gymnasien das Ziel für die Grundschulen. Die dualen Einrichtungen der Berufsausbildung und die Fachoberschulen geben auf diese Weise die Anforderungen der Gesellschaft vom Endziel der schulischen Allgemeinbildung nach unten weiter usw. Es steht den aufnehmenden Bildungseinrichtungen frei, sich in einem Verbund zusammenzuschließen, in dem ein gemeinsames Aufnahmeniveau definiert wird, etwa ein Zentralabitur. Nur müssen solche Zusammenschlüsse freiwillig sein und sich von unten nach oben aufbauen.

Die Autonomie der Schulen drückt sich in der hohen Verantwortung der Schulleitung und in der pädagogischen Freiheit und Eigenverantwortung der Lehrkräfte aus. Durch den starken Elterneinfluss und durch die pädagogische Eigenverantwortung der Pädagogen wird den allgemeinen bürgerlichen

Zielen des Unterrichts, die Ausbildung von moralischen und geistigen Fähigkeiten, insbesondere die liberalen Werte der Kritikfähigkeit, Mündigkeit, Eigenverantwortlichkeit wie auch der Förderung des Gemeinschaftssinns Beachtung geschenkt.

Die Trägerschaft

Das *Non-Zentralismusprinzip* drückt sich darin aus, dass in materieller Hinsicht neben den Schulen in privater Hand die Kommunen die Haupteigentümer staatlicher Schulen sind, also Schulträger. In inhaltlicher und personeller Hinsicht walten die Schulen selbständig. Lehrer werden von den Schulen angestellt, die hierzu in Gesellschaften umgewandelt werden, deren Eigentümer die Kommunen sind oder zukünftig auch private Unternehmer.

Schulträger des Primarbereichs und der Sekundarstufe I sollen Kommunen und im Fall der Sekundarstufe II entweder Kommunen oder kommunale Zweckverbände oder die Landkreise sein. Die untere Ebene des Staates wird verbindlich mit den erforderlichen Anteilen aus den Steuereinnahmen versehen. Die Kommunen der externen Schüler zahlen an den Schulträger der aufnehmenden Schule den Prokopffanteil.

Die Aufgabe der Länder bezieht sich auf die Überwachung der Aspekte im Allgemeininteresse: das Niveau des Systems, das flächendeckende Angebot, die Unterstützung durch Dienste wie die Bereitstellung von Medien und Eingriffe in Konfliktfällen.

Elterliche Mitwirkung

Die Eltern und ihre Kinder sind die Bildungssubjekte. Sie sind auch ökonomisch mächtig, erstens *direkt*, durch die freie Schulwahl und durch die informelle Beeinflussung der Lehrer und *indirekt* durch ihre demokratische Einflussnahme auf die kommunale Machtausübung. Die Eltern sind den Schulen als Informationsquelle über die Gründe von Erfolg und Misserfolg sehr nützlich und willkommen. Durch ihre Schulwahl geben sie eine wirkungsvolle Stimme im Rahmen der Marktdemokratie ab. Ihre Entscheidungen drücken das verfügbare Wissen über den Wert des Unterrichtsangebots aus.

Es ist nicht Aufgabe der Eltern, schulische Leistungen zu erbringen, etwa bei der Durchführung von Festen und Veranstaltungen. Durch die Umwandlung der Schulen aus Behörden in Gesellschaften, verfügen diese über eigene Budgets und sind daher nicht mehr gezwungen, elternschaftliche Reptilienkassen führen zu lassen. Es ist denkbar, dass aus Fördervereinen Beratergremien werden. Bei Privatschulen treten sie an die Stelle des Staates in die Aufgabe des Schulträgers und werden dadurch ganz unabhängig in der Schulverwaltung.

5. ERWARTUNGEN

Verbraucherherrschaft

Durch die Marktmechanismen steuern die Eltern indirekt die Aktivitäten der Bildungsanbieter. Somit setzen letztlich sie ihren Willen bei der Orientierung des Bildungsangebots durch. Es ist zu erwarten, dass die bessere Vorbereitung auf zukünftige Erfordernisse ein Gesichtspunkt sein wird, der stärker ins Gewicht fällt. Die seelische Ausgeglichenheit fröhlicher Kinder ist für Eltern von zentraler Bedeutung. Eltern und Schüler können die Leistungsfähigkeit von Lehrern recht gut einschätzen.

Durch die Rückkoppelung des Angebots an die Nachfrage wird die Schulprofilierung stärker am Nutzen für die zukünftigen Laufbahnen orientiert. Schulen in Industriezentren werden eng mit den Ausbildungsangeboten der Gewerbe zusammenarbeiten, solche in akademischem Umfeld sich auf die universitären Fächer konzentrieren. Dieser engere Nutzenzusammenhang mildert das Schulleid der Kinder, das sich aus dem Gefühl einer Fremdbestimmung durch ihnen schicksalhaft zugewiesenen arbiträren Lehrerpersönlichkeiten einstellt. Wo das Ziel klar vor Augen steht, ist die Motivation kräftiger.

Es ist nicht die Aufgabe von Schulen, Bildungsangebote bereitzustellen, wo die Nachfrage schwindet. Unternehmerische Schulen werden bei mangelnder Nachfrage geschlossen und fusionieren mit Nachbarschulen. Die Einrichtung von jahrgangübergreifenden Klassen ist Ausdruck des sich Stemmens gegen den gesellschaftlichen Wandel und tendenziell mit einer Verschlechterung der Unterrichtsqualität verbunden.

Schulen werden von einer Politik, die sich als *social engineering* versteht, missbraucht. Unternehmerische Schulen haben keine andere Aufgabe, als die Schulbildung der Kinder. Sie haben nicht die Aufgabe, die Gesellschaft zu verändern. Weder die Ausländerintegration, noch Drogen- und Gewaltprävention, weder Inklusion noch die Durchsetzung pazifistischer, feministischer oder ökologischer Glaubensüberzeugungen darf ihr aufgezwungen werden. Die Bildung von mündigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeiten ergibt sich im Kern des Unterrichts- und Schulgeschehens indirekt aus dem Lehrervorbild, aus der leistungsbezogenen Gerechtigkeit und der Fairness des Angebots. Die Vermittlung von Kulturgütern kann die moralische Erziehung durch die Familien nur unterstützen.

Eine Schule als Bildungsanbieter auf einem Bildungsmarkt wird *ehrliche Zensuren* erteilen. Die Schönung von Minderleistung und gar die Auflösung der Leistungsvergleiche dient nur der Bequemlichkeit der Lehrer. Die Flut an guten Noten sind eine Droge. In ihr drückt sich auch eine tiefe Verunsicherung über den Sinn des schulischen Lernens aus. Sie wachsen auf dem Nährboden einer quasireligiösen Vergötzung des Kindseins. Eltern sind auch nicht an einer Flut von nichtssagenden Zertifikaten und Portfolien interessiert. Verbrauchergesteuerte Bildung will aussagefähige Rückmeldungen, denn Lügen haben kurze Beine. Die Vielfalt der Fächer, insbesondere die feste Verankerung von musischen und sportlichen Disziplinen ist Ausdruck der Humbodtschen Bildungsauffassung. Ihre Pflege wird in einer autonomen Schule einen größeren Stellenwert einnehmen, weil sie für die Persönlichkeitsbildung von unschätzbarem Wert sind. Sie können aber aus dem Fächerkanon ausgegliedert und frei von Leistungsbeurteilungen genossen werden. Musische Fächer weisen Leistung im Genuss der Präsentation

aus und Sport misst sich an objektiven Ergebnissen. Hier sind Auszeichnungen geeigneter als Zeugnisnoten.

Lehrer als Beruf

Das Berufsbild des Lehrers wird sich tiefgehend ändern. Die Lehrertätigkeit wird aus dem Gefängnis lebenslanger Unkündbarkeit befreit. Lehrer müssen sich im Berufsfeld bewähren, erhalten dafür eine leistungsbezogene Honorierung und gesellschaftliche Anerkennung. Sie können, wenn sie sich als zu wenig geeignet erkennen oder ausgebrannt sind, in andere Berufsfelder wechseln. Pädagogisch Interessierte können von dort zeitweilig oder für immer in das pädagogische Feld übertreten. Somit wird der Lehrerberuf zu einem unternehmerischen, wie der von Ingenieuren oder Ärzten. Aus dem staats-treuen Beamten, der zentrale Bildungspläne verwirklichen muss, wird der freie Pädagoge, der in eigener Verantwortung für sein Fach begeistert und zu seinen Überzeugungen steht.

Langfristig wird sich die Ausbildung zum Lehrer verändern müssen. Das Handwerk des Unterrichtens lässt sich in kurzer Zeit durch Übernahme von Erfahrungen unter Anleitung qualifizierter Kollegen erlernen. Doch die Lehrerpersönlichkeit, auf die es doch so entscheidend ankommt, ist fest mit dem Charakter verbunden und wenig formbar. Lehrer, die Kinder langweilen oder aus egoistischen Motiven chronisch unterfordern, werden weniger geschätzt und erleben daher einen höheren Druck bis hin zum Ausscheiden aus der Schule oder gar aus dem Berufsfeld. Gleichzeitig steigt die Identifikation der Bürger mit ihrer Schule und damit wächst auch das solidarische Einvernehmen mit den Lehrern der eigenen Schule. Daher wird das Elternmobbing gegen einzelne Lehrer sich trotz gezielter Kritik an ungeeigneten Lehrkräften abschwächen. Die Motivation der Lehrer wird steigen, weil ihre Leistung nach außen erkennbarer wird. Sie können ihr Ansehen durch Tatsachen begründen. Der Lehrer wird vom Wohlwollen und der Dankbarkeit der Eltern beflügelt. Die Möglichkeit zur Entlassung ungeeigneter Lehrer und zur Anstellung von Quereinsteigern ermöglicht es, den Lehrkörper frischer zu halten und Abwechslung zu bieten. Die Öffnung der Schule für pädagogisch begabte erfahrene Praktiker bereichert die Lehrkörper und stärkt den Realitätssinn. Durch die schulscharfe Einstellung wird die Schulprofilierung verbessert.

Wo Eltern, wenn auch indirekt, Einfluss nehmen können auf die Schulentwicklung, wird sich die Vernunft stärker durchsetzen, wird sich Realitätssinn gegen Ideologie behaupten. Eltern wollen in der Regel Ruhe und Aufmerksamkeit im Unterricht. Sie wollen, sofern sie den Lehrer schätzen, dass ihre Kinder sich seiner Führung unterordnen. Sie werden ihn unterstützen und ihm vertrauen. Andererseits wird es für den untauglichen Lehrer aber auch ziemlich ungemütlich. Wer das Vertrauen der Eltern verloren hat, gerät in Turbulenzen.

Die Leitung einer Schule wird zum unternehmerischen Projekt, die Qualifikation des Schulleiters erfordert eine entsprechende Professionalisierung. Die Verantwortung der Schulleiter nimmt zu, weil ihre Entscheidungen der Zusammensetzung des Lehrkörpers zugrunde liegen. Sie werden sich vor ihre Lehrer stellen und sie gegen ungerechte Kritik schützen, andererseits aber auch berechtigte Kritik konstruktiv aufgreifen. Das heutige Schulwesen, an dessen Spitze ein von der Wählergunst abhängiger politischer Karrierist steht, ist dagegen korrupt vom Kopf her. Um Ärger mit den Eltern, die zum Wählerpotenzial gehören, zu vermeiden, neigt die *staatsbürokratische* Schule dazu, dem einzelnen Lehrer

in den Rücken zu fallen, wenn er für seine Überzeugungen eintritt. Der Schulleiter dem Lehrer, der Schulrat dem Schulleiter, der Amtsleiter dem Schulrat usw. Wo die Ausrichtung der Schule letztlich Ausdruck des Elternwillens ist, stehen Schule und Elternschaft sich als Partner *solidarisch* gegenüber. Die heutige Schule ist Ausdruck einer Gefälligkeitsdemokratie und dient damit letztlich der Machterhaltung der politischen Klasse.

Die Autonomisierung der Schulen birgt auch Gefahren. Es können Fälle von Schulleiterdiktaturen auftreten, von Machtkämpfen in den Kollegien. An die Stelle des bürokratietyptischen Korpsgeistes tritt Konkurrenz und sachliche Kooperation, wie in anderen Berufen der freien Wirtschaft auch. Wo Elterneinfluss zunimmt, hängt die autonome Schule von den ungleichen Gegebenheiten in den Gemeinden ab. Es wird einige Zeit dauern, bis die Bildungssubjekte und die Pädagogen ihre gewachsene Verantwortung auch kompetent ausfüllen. Durch die Rücknahme sachwidriger Zielsetzungen und der Konzentration auf den Kern ihres Auftrages, der Vorbereitung auf die eigenverantwortliche Teilnahme an der gesellschaftlichen Kooperation, wird die Sinnggebung der Schule erleichtert. Die Richtungskämpfe um das Schulprofil werden schlichtbar.

Durch die Elastizität der Bezahlung kann das pädagogische Berufsfeld in Konkurrenz mit einträglicheren Feldern treten und, wo die Finanzierungsbereitschaft der Eltern gegeben ist, mehr männliche und mehr talentierte Pädagogen anlocken. Die liberale Schule ist nicht gemütlich, doch lebendig und letztlich befriedigender für alle Beteiligten. Nicht zuletzt wird die Aufgabe eines Schulleiters wieder attraktiv und Menschen anziehen, die über wirkliche Führungsqualitäten verfügen.

Kostensenkung

Die Gesamtkosten der Bildung werden sinken, weil die Fehllenkung der Arbeitskräfte durch weltfremde Lehrer, besonders auffällig am Überschuss der Geisteswissenschaftler, sich verringern wird. Die Konkurrenz von Schulen und die Neugründung von Privatschulen wird kleinere Einrichtungen begünstigen und damit Kosten einsparen. Durch die Weckung von Eigeninteresse werden Fonds erworben, die heute noch fernstehen.

Bildungsniveau

Dass mit der Subsidiarisierung und Autonomisierung ein Verlust an Kultur eintritt ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil. Wo die mündige Lehrerpersönlichkeit gefragt ist, werden sich die typisch menschlichen Qualitäten der Eigenverantwortung und des intrinsisch motivierten Bildungsstrebens bei weitem besser entfalten als bisher.

Stärkung der politischen Kommunen

Durch die Subsidiarisierung rücken die Kommunen und damit die Bürgerschaft der unteren Ebene des Staates in eine höhere Verantwortung. Die Schule wird aus einem Fremdkörper zu einer *res publica*.

FORUM FREIE GESELLSCHAFT (FFG) ...

... setzt sich ein für eine freie Gesellschaft, die Herrschaft des Rechts, die Unverletzlichkeit des Privateigentums, eine Kultur der Freiheit und Bürgerlichkeit, und eine politische Ordnung ein, die durch maximale Abwehrrechte des Bürgers und einen minimalinvasiven Staat gekennzeichnet ist. Die Aufgaben der Staatsvertreter bleiben auf hoheitliche Funktionen beschränkt, also den Schutz von Leib, Leben und Eigentum sowie die durch Setzung des Rechts im Fall von Konflikten. Recht wird dabei von Gesetzen unterschieden, weil ersteres aus Konventionen entsteht und letzteres Top down von Experten Gesetz wird.

Aufgabe von FFG ist es, die Erkenntnisse des klassischen Liberalismus wieder zu beleben und fortzuentwickeln. Wir sind der Auffassung, dass eine zweite Aufklärung erforderlich ist, die einer Erneuerung der geistigen Grundlagen folgt. Die Österreichische Schule, deren Stärken und Schwächen thematisiert werden, ist dabei ein Teil einer umfassenden Sozialphilosophie.

Einen Dritten Weg lehnen wir ab, da er in den Sozialismus und seine sanfteren Spielarten führt.

Copyright © 2015 Helmut Krebs

Forum Freie Gesellschaft

Im Schlossgarten 1a

37699 Fürstenberg

info@forum-ordnungspolitik.de

www.forum-freie-gesellschaft.de

Veröffentlichungsdatum: 15. Juni 2015